

Programm für die Kommunalwahl 2020

Familienfreundlichere Stadt Kamen

Die Freie Wählergemeinschaft Kamen e.V. (FW Kamen) will die Stadt familienfreundlicher gestalten.

Ein Kind zu versorgen und zu erziehen ist nicht immer leicht und manchmal erschweren persönliche Lebensumstände von Müttern und Vätern diese wichtige Aufgabe erheblich.

Es wird Zeit, dass Kamen einen ganzheitlichen und vor allem zeitgemäßen Blick dafür entwickelt, was Familien sich wünschen und in ihrer Stadt wirklich brauchen.

Kinder und Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft.

Sie sind die Zukunft unserer Stadt.

Aus kommunalpolitischer Sicht ist das Thema „Familie“ und „Familienfreundlichkeit“ von besonderer Bedeutung und viel umfassender und relevanter als viele glauben.

Für die FW Kamen sind dabei folgende Themen wichtig:

- **Generationenverantwortung,**
- **Demografischer Wandel,**
- **Bildung,**
- **Wirtschaft,**
- **Stadtentwicklung,**
- **Zukunftsfähigkeit der Kommune,**
- **Bürgerschaftliches Engagement**
- **& Gemeinwohl**

Neben einer Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität, stehen für uns im Vordergrund das solidarische Miteinander von Jung und Alt, der Dialog zwischen den Generationen, eine aktive Gleichstellungspolitik, eine erfolgreiche Integration der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund und oder Fluchtgeschichte sowie eine neue Kinder- und Jugendpolitik.

Wir wollen Kinder, Jugendliche und Eltern optimal unterstützen und fördern (Kita Plätze, Betreuungsangebote, Randzeiten, Hilfe für Alleinerziehende, Ferienangebote, Inklusion, Schulabschluss, Übergang Schule in den Beruf), Entlastung bieten (z.B. Windeltonne für Kleinkinder und zu pflegende Angehörige, freier ÖPNV für Kinder, Ehrenamtskarte auch für Kinder- und Jugendliche), attraktivere Spielplätze sowie Erholungswert, Aufenthaltsqualität, Freizeitmöglichkeiten steigern.

Wir wollen dazu mehr Bürgerbeteiligung vor allem von jungen Mitbürgern (z. B. ein fest installiertes Kinder- und Jugendparlament und das Siegel familienfreundliche Kommune für Kamen).

Wir möchten uns gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern auf den Weg machen und kreative Ideen für eine familienfreundliche Kommune entwickeln.

Wichtiger Baustein ist hierbei die Umsetzung der UN – Kinderrechtskonvention.

Die UN-Kinderrechtskonvention umfasst Rechte zur Teilhabe, Förderung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Der „Vorrang des Kindeswohls“ sollte in Zukunft bei allen kommunalen Entscheidungen besonders berücksichtigt werden.

Arbeitgeber möchten wir ermutigen und unterstützen neue Wege in der Personalpolitik zu beschreiten. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familien und Beruf braucht viele Akteure und Unterstützer in einer Kommune. Hierzu wünschen wir uns „Runde Tische“ zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Unsere Gesellschaft steht vor gravierenden Herausforderungen. Die FW Kamen möchte sich dieser Aufgabe stellen und aktiv die Weichenstellung für unsere Stadt mitgestalten.

Im Bereich Schuldigitalisierung werden gerade jetzt große Unterschiede und Defizite offensichtlich. Die Zeitenwende zum digitalen Lernen wurde vom Bund bereits vor einiger Zeit finanziell angeschoben. Kamen braucht hier ein einheitliches Konzept und mehr Umsetzungsstärke.

Wir wollen uns für eine dauerhafte Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit einsetzen. Die Schulsozialarbeiter/innen in Kamen erfüllen sehr wichtige gesellschaftliche Aufgaben, indem sie sozial Benachteiligten frühzeitig Hilfestellungen anbieten, Netzwerkstrukturen aufbauen, sowie bei sozialen Problemen und Konflikten beratend und helfend eingreifen, um frühzeitig Lösungen zu finden.

Bei der Inklusion muss der Elternwille Vorrang haben. Gemeinsam mit allen Beteiligten Eltern, Lehrern, Leistungsanbietern, Kostenträgern und Schulträgern muss ein gesamtstädtisches Konzept zur Inklusion und zum gemeinsamen Unterricht erarbeitet werden. Hierzu braucht es vor allem den Willen zur Inklusion und die gemeinsame Erkenntnis, dass gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Handicap keine Last oder Behinderung, sondern eine wichtige Lebenserfahrung und Bereicherung darstellt.

Wir möchten kinder- und jugendfreundliche Lebensräume in Kamen gestalten.

Kinder und Jugendliche sind in besonderer Weise auf den öffentlichen Raum angewiesen – als Gestaltungsort, als Treffpunkt und durch die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Hier wollen wir zukünftig vor allem im Bereich Stadtentwicklung den Blick auf die Bedürfnisse von Kinder und Jugendlichen in Kamen richten.

Wir sind uns sicher, Familienfreundlichkeit erhöht nachhaltig die Wohn- und Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger und stabilisiert die wirtschaftliche Basis in den Stadtteilen.

Wenn Kamen in den nächsten Jahren das Siegel familienfreundliche Kommune erlangen würde, dann wäre das ein kommunaler Erfolg und ein wichtiger Schritt hin zu einem positiven Image.

Ein positives Image und eine entsprechende Identifikation mit unserer Stadt, stärkt Kamen und macht uns gegenüber anderen Kommunen konkurrenz- und zukunftsfähig.

Attraktivere Stadt

In der Kamener Innenstadt müssen Anreize geschaffen werden, damit sie für hochwertige Firmen wieder attraktiv ist. Dazu sollte die Innenstadt wieder mehr belebt werden. Hier braucht es dringend eine aktivere Förderung der Gemeinschaft der Gewerbetreibenden für mehr Kreativität in der Innenstadt.

In dem Zusammenhang muss die Innenstadt, speziell der Alte Markt, wieder ein Punkt sein, wo sich Jung und Alt in friedlich, freundlicher Atmosphäre treffen können, ohne angepöbelt zu werden. Hier muss das Ordnungspersonal verstärkt werden und Platzverbote ausgesprochen werden.

Zu einer attraktiven Stadt gehört auch ein sauberes ansprechendes Stadtbild dazu. Es kann auch nicht sein, dass Spiel- und Bolzplätze eine Graslänge vorweisen, die den Kindern sprichwörtlich „bis unter die Arme reicht“.

Klimaschutz und neue Arbeitsplätze

Wir fordern eine aktive Rolle unserer Kommune zur tatsächlichen Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung. Die Kommune soll ihre vollen verwaltungs- und planungsrechtlichen Instrumente dazu einsetzen. Für Neubauten sind Festsetzungen in den Bebauungsplänen und Forderungen in den städtebaulichen Verträgen - z.B. als Vorgabe ambitionierter Primärenergiefaktoren bzw. CO₂-Emissionen sowie einer obligatorischen Erstellung von ganzheitlichen Energiekonzepten - vorzusehen. Dabei sollte eine Abwägung, ob konventionelle oder erneuerbare Energien zum Einsatz kommen, immer vor dem Hintergrund stattfinden, dass Investitionen, die heute oder morgen getätigt werden, eine langfristige Bedeutung von etwa 30 Jahren haben. Private Bauherren sollten Vorteile in der Planungsphase bekommen, wenn sie ein Plusenergiehaus bauen.

Für Bestandsgebäude sollte die Kommune mit gutem Beispiel voran gehen. So sollten insbesondere vor dem Hintergrund einer mittel- bis langfristigen Kostensenkung des Betriebs der eigenen Liegenschaften bzw. von kommunal verbundenen Unternehmen energetische Effizienzen gehoben sowie die lokale Erzeugung und Nutzung von Strom mittels Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität forciert werden. Dabei sollen die Gemeinschafts-Stadtwerke eine Vorreiterrolle übernehmen und durch neue, innovative Geschäfts- und Finanzierungsmodelle diese Effizienzen heben und zur klimaneutralen Ausrichtung der kommunalen (und verbundenen) Liegenschaften beitragen. Ebenso gilt es den privaten Gebäudebestand bei Sanierung zu unterstützen. Dazu sollen Gründungen von Genossenschaften und Beteiligungsgesellschaften gefördert werden und private Immobilienbesitzer eine aktive Förderberatung erhalten.

Der Breitbandausbau ist zügig unter Inanspruchnahme aller bereitstehenden Fördermittelprogramme zu planen und durchzuführen. Wir brauchen dies dringend, um in allen Lebensbereichen attraktiv und zukunftsfähig aufgestellt zu sein.

Zur Reduzierung der immer noch hohen Arbeitslosigkeit benötigen wir zusätzliche Arbeitsplätze mit auskömmlicher Bezahlung. Dazu müssen der Wirtschaft weitere Gewerbegebiete zur Verfügung gestellt werden. Vorrang soll dabei die Nachnutzung bereits vorhandener, aber nicht mehr benutzter Flächen haben. Schon bei Ausweisung der Gewerbeflächen sind Rückbaumaßnahmen für eine Folgenutzung festzulegen.

Bei den Gewerbeflächen ist der Ansiedlung von kleinen und mittelständischen Betrieben mit produktiven Arbeitsstätten Vorrang einzuräumen. Dadurch entstehen hochwertige und nachhaltige Arbeitsplätze mit Löhnen und Gehältern, von denen die arbeitenden Menschen auch ihren Lebensunterhalt eigenständig bestreiten können und nicht wie bei vielen Großlogistikzentren mit ihren Minijobs und Mindestlöhnen allein nicht überleben können und auf zusätzliche soziale Hilfe angewiesen sind.

Nahmobilität sicher gestalten und LKW-Durchgangsfahrverbote

Die FW Kamen wird sich dafür einsetzen, dass Straßen, Rad- und Fußgängerwege im Stadtgebiet so umgebaut werden, dass die Sicherheit der Radfahrer und Fußgänger Vorrang vor dem Autoverkehr hat. In Abstimmung mit dem ADFC ist eine Prioritätenliste zu erstellen, wann und wie Rad- und Fußgängerwege in den Stadtteilen so gestaltet werden, dass

- die Gefährdung durch den motorisierten Verkehr minimiert wird (z. B. Radwege und Querungshilfen an der Lünener Straße),
- die bestehenden größeren Unebenheiten mit Unfallpotenzial beseitigt werden,
- eine ausreichende Beleuchtung sichergestellt ist bzw. eingerichtet wird,
- eine behindertengerechte Benutzung möglich ist.

Die Einführung eines allgemeinen Tempolimits von 30 km/h in Kamen-Mitte sowie von Tempo 30 km/h Zonen in den Stadtteilen unter Berücksichtigung des Bürgerwillens sowie

LKW-Durchgangsfahrverbote mit Ausnahme von Ziel- und Quellverkehr, wo dies durch Umgehungsstraßen möglich ist (z. B. Lünener Straße und Werver Mark über A1 und A2) tragen zur Sicherheitserhöhung, zur Verkehrslärmreduzierung und zum Umwelt bzw. Klimaschutz bei.

Die durch Schlaglöcher marode gewordenen kommunalen Straßen sind im Rahmen einer Prioritätenliste schnellstens so zu sanieren, dass die Anlieger nicht gegen ihren Willen Straßenausbaubeiträge leisten müssen.

Ehrenamt und Bürgerbeteiligung

Ehrenamt ist vielfältig und bunt. Im Ehrenamt stecken Chancen, Kreativität, neue Ideen und manchmal sogar Innovationen. Es ist daher auch für Kamen unverzichtbar. Gerade in Krisenzeiten wird uns die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement in einer Kommune mehr als deutlich vor Augen geführt.

Den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in ihrer Freizeit, unentgeltlich für unser Gemeinwohl engagieren, gilt ganz besonderer Dank und Anerkennung. Denn, wer sich ehrenamtlich und freiwillig engagiert, tut viel für den Zusammenhalt der Gemeinschaft.

Engagierte geben reichlich: Zeit, Zuwendung und Kompetenzen.

Es reicht nicht, das Ehrenamt ausschließlich mit einem Händedruck, einem gemeinsamen Essen oder einem Blumenstrauß zu würdigen.

Hier braucht es mehr...

- Es braucht eine Kultur der Wertschätzung und des Dankes!
- Es braucht eine Engagement fördernde Infrastruktur in Kamen!

Dafür setzen wir uns ein.

Neben dem obligatorischen Händedruck, dem Zeitungsbericht und der Auszeichnung, müssen insbesondere für junge Menschen mehr Anreize geschaffen werden. Hier gibt es zahlreiche Ideen und Möglichkeiten z.B. die Ehrenamtskarte, die es bereits in fast 300 Kommunen in NRW gibt. Mit der Ehrenamtskarte NRW bekommen Freiwillige bestimmte Vergünstigungen,

kostenlose Überlassung von Räumlichkeiten oder Fahrzeugen sowie Aus-, Fort- und Weiterbildungen.

Neben dem Dank für die Freiwilligen braucht es aber auch ein System, eine Engagement fördernde Infrastruktur.

Dazu gehören beispielsweise Anlaufstellen zur Koordination bürgerschaftlichen Engagements in der Kommunalverwaltung, Freiwilligenagenturen und der Ausbau von Selbsthilfekontaktstellen. Alle Aktivitäten in der Kommune müssen von einer zentralen Stelle koordiniert und sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Es geht um ein Zusammenspiel aller Akteure. Verwaltung, Wirtschaft, Organisationen und Bürgerinnen und Bürger sollten hier „zum Wohle aller“ an einen Tisch.

Die FW Kamen wird sich dafür einsetzen, dass berechtigte Bürgerinteressen in den politischen Gremien nicht einfach abgebugelt werden und Einwohner noch nicht einmal ihre für sie entscheidenden Fragen stellen dürfen. Wir wollen bei zentralen Entscheidungen (z. B. Schwimmbadneubau), die sehr viel Geld kosten und mit denen alle Einwohner lange leben müssen, mehr Transparenz und Bürgermitbestimmung.

Kommunale Finanzen

Um die aufgeführten Forderungen umsetzen zu können, benötigen wir Finanzmittel.

Durch eine deutliche Verbesserung der kommunalen Zusammenarbeit aller Städte und Gemeinden im Kreis Unna in allen Bereichen so, dass man wie eine kreisfreie Stadt mit jeweils einmal Stadtwerke, Sparkasse, Bauhof, VHS usw. agiert, könnte man bei den Leitungsfunktionen und im Verwaltungsbereich bei verbesserten Angeboten und ohne Einbußen bei den Leistungsbeziehern erhebliche Einsparpotenziale heben.

Die Politik sollte mit gutem Beispiel vorangehen und nicht nur bei anderen den Rotstift ansetzen, sondern zuerst bei sich selbst. Wir wollen zum Beispiel die Stadtwahlbezirke auf das gesetzlich mögliche Minimum beschränken und damit künftig Mandate einsparen. Die Anzahl der freiwilligen Ausschüsse soll mindestens halbiert werden, ebenso die Anzahl der Fraktions-sitzungen, für die Aufwandentschädigung gewährt wird. Die Zuwendungen an Fraktionen sollen um wenigstens 10 % eingekürzt werden.

Der Stadthallenbetrieb verschlingt mittlerweile jährlich eine halbe Millionen Euro an Steuergeldern. Hier muss in Zeiten fast leerer Kassen dringend wirkungsvoll und nachhaltig gegen-gesteuert werden. Wir sehen in einer Privatisierung des Stadthallenbetriebes die größten Möglichkeiten, das jährliche Defizit deutlich zu senken.

Die Freien Wählergemeinschaften fordern eine strikte Trennung von Finanz- und Gebührenhaushalten, um die Gebühren stabil zu halten. Wir sind dagegen, dass die durch Gebührenzahlungen entstandenen Rücklagen aus den Eigenbetrieben, wie z. B. beim Kamener Entwässerungsbetrieb, dadurch leergezogen und in den Finanzhaushalt transfriert werden, indem die Stadt hohe Zinssätze von über 6 % für zur Verfügung gestellte Darlehn vom Eigenbetrieb verlangt.